

A photograph of a modern, multi-story apartment building with white facades and dark-framed balconies. The building is set against a blue sky with light clouds. In the foreground, there are some green trees and a small wooden structure. The image is partially overlaid with red and dark blue geometric shapes.

Wohnen muss
bezahlbar sein –
überall!

Die Linke

Fraktion im
Sächsischen
Landtag



Da hohe Mieten und Verdrängung, dort Landflucht und Leerstand

Sachsen ist ein Land der Mieterinnen und Mieter – in keinem anderen Bundesland ist der Anteil derer, die selbst Wohnraum besitzen, geringer. Sicher, in hiesigen Großstädten herrschen noch keine Verhältnisse wie in Hamburg oder München. Aber gerade Familien fällt es immer schwerer, eine Bleibe zu finden. Die Bestandsmieten steigen schneller als die Durchschnittseinkommen, zahlungsschwächere Menschen werden aus den Zentren verdrängt. Neu gebaut wird fast nur im Luxussegment. Gleichzeitig leiden Dörfer und Städte etwa in der Lausitz, im Erzgebirge und im Vogtland unter der Abwanderung. Dort steht viel Wohnraum leer. Altersgerechte und barrierefreie Umbauten, die es ermöglichen würden, im Alter in den eigenen vier Wänden zu bleiben, fehlen überall.

Die herrschende Politik reagiert falsch – oder gar nicht

Sachsens Regierung betreibt seit Jahren so gut wie keine soziale Wohnungspolitik. Der Freistaat ist nicht nur Abrissmeister – hier wurden bundesweit die meisten Wohnungen abgerissen –, sondern auch Schlusslicht beim sozialen Wohnraum. Von 134.000 Sozialwohnungen (2006) ist nur ein Bruchteil übrig, der Wiederaufbau läuft schleppend. Die Regierung steckte die ohnehin geringen Bundesmittel für sozialen Wohnungsbau weiter in Eigenheime und investiert kaum selbst. Gleichzeitig lässt sie die Zügel für Vermieter locker: Neu- und Bestandsmieten dürfen viel zu oft viel zu stark erhöht werden. Viele Kommunen haben ihre Wohnungen an Renditejäger verkauft.

Wohnen ist ein Grundrecht!

- Kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften bevorzugt unterstützen, etwa bei der Fördermittel-Vergabe,
- Öffentliche Wohnungen und Liegenschaften vor Privatisierung schützen,
- Mehr Fördermittel für sozialen Wohnungsbau bereitstellen, nicht nur in Großstädten. Eine Sozialwohnung muss dann immer eine Sozialwohnung bleiben!
- Baukostenzuschüsse zahlen, damit Mieten trotz Modernisierung, energetischer Sanierung oder barrierefreiem Umbau bezahlbar bleiben,
- Das Miet- und Städtebaurecht nutzen (wirksame Mietpreisbremse, Kappungsgrenzen, Milieuschutzsatzungen), um Mietwucher und Verdrängung zu verhindern,
- Wohnungen nur dort abreißen, wo extremer Leerstand herrscht,
- »Kosten der Unterkunft« und Wohngeld auf ein realistisches Maß erhöhen,
- Wohnungslosigkeit analysieren und bekämpfen, etwa indem Zwangsräumungen wieder erschwert werden,
- Die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen erschweren und den Kündigungsschutz bei Eigenbedarfskündigung verlängern,
- Mietwucher ist ordnungswidrig oder sogar strafbar – konsequent ahnden und betroffene Miethaushalte unterstützen!